

**İSVİÇRE FEDERAL MAHKEMESİNİN TÜKETİCİ KREDİSİ
KANUNUNDAKİ TÜKETİCİ KREDİSİ KAVRAMININ
SINIRLARINI PRAGMATİK ÇOĞULCU YORUM YÖNTEMİ
KULLANARAK BELİRLEDİĞİ KARARI
(Karar Çevrısı)**

Çev. Arş. Grv. Neslihan ÇUKADAR*

Urteilskopf

139 III 201

28. Auszug aus dem Urteil der I. zivilrechtlichen Abteilung i.S. X.
gegen Bank Y. (Beschwerde in Zivilsachen)

4A_575/2012 vom 26. Februar 2013

Regeste

Art. 3 KKG; Kredit zur Finanzierung des Studiums; Zurechnung
zur beruflichen Tätigkeit.

Wer einen Kredit zur Finanzierung des Studiums aufnimmt, tut dies
zu einem Zweck, der seiner beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden
kann. Das KKG ist folglich nicht anwendbar (E. 2).

Sachverhalt ab Seite 202

BGE 139 III 201 S. 202

A. X. (Darlehensnehmer, Beschwerdeführer) schloss zur
Finanzierung seines Studiums im September bzw. Oktober 2003 mit der
Bank Y. (Darlehensgeberin, Beschwerdegegnerin) einen Basisvertrag und
einen "Bildung plus-Kreditvertrag" über eine Summe von Fr. 20'000.- ab.
Der Kredit sollte gemäss Vereinbarung ausschliesslich der Finanzierung
der mehrjährigen Hochschulausbildung dienen. Der Zins von 3,25 bzw. 3
% wurde gemäss Vertrag bis zum Ende der Ausbildung kapitalisiert. Im
November 2004 wurde der Kredit auf Fr. 35'000.- und im Januar 2007 auf

* İnönü Üniversitesi Hukuk Fakültesi Medeni Hukuk Anabilim Dalı

Fr. 37'000.- erhöht. Die Darlehensgeberin nahm unbestrittenermassen nie eine Kreditfähigkeitsprüfung nach den Regeln von **Art. 28 des Bundesgesetzes vom 23. März 2001 über den Konsumkredit (KKG; SR 221.214.1)** vor, verlangte aber vor der ersten Anhebung der Kreditlimite im Jahr 2004 ein detailliertes Budget.

Nach dem vertraglich vorgesehenen Ausbildungsende teilte der Darlehensnehmer der Darlehensgeberin mit, er sei übermässig überschuldet und studiere noch. Da der Abschluss einer Abzahlungsvereinbarung scheiterte, kündigte die Darlehensgeberin mit Schreiben vom 7. August 2009 den "Bildung plus-Kreditvertrag" und verlangte die Rückzahlung von Fr. 37'939.78 bis zum 31. August 2009. Diese blieb aus, worauf die Darlehensgeberin die Betreuung einleitete. Gegen den Zahlungsbefehl erhob der Darlehensnehmer Rechtsvorschlag.

B. Mit Klage vom 5. Oktober 2010 beim Gerichtskreis VIII Bern-Laupen (neu: Regionalgericht Bern-Mittelland) beantragte die Darlehensgeberin, der Darlehensnehmer sei zur Zahlung eines Betrags von Fr. 37'939.80 zu verurteilen und der Rechtsvorschlag in der gegen ihn eingeleiteten Betreuung sei zu beseitigen. Der Darlehensnehmer beantragte widerklageweise, die Darlehensgeberin sei zur Rückzahlung der durch ihn bereits geleisteten Zinszahlungen zu verurteilen. Mit Entscheidung vom 26. Oktober 2011 hiess der Gerichtspräsident des Regionalgerichts Bern-Mittelland die Klage teilweise gut, verurteilte den Darlehensnehmer zur Zahlung von Fr. 37'000.- und beseitigte den Rechtsvorschlag in diesem Umfang. Die Widerklage wurde abgewiesen.

Die dagegen vom Darlehensnehmer erhobene Berufung wies das Obergericht des Kantons Bern mit Entscheidung vom 3. September 2012 ab.

C. Mit Beschwerde in Zivilsachen vom 28. September 2012 beantragt der Darlehensnehmer dem Bundesgericht, es sei der Entscheid

BGE 139 III 201 S. 203

des Obergerichts aufzuheben, die Klage abzuweisen und die Darlehensgeberin zur Zahlung von Fr. 4'686.85 zu verurteilen. Eventuell sei die Sache zu neuer Beurteilung an die Vorinstanz zurückzuweisen.

Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab.

(Zusammenfassung)

Erwägungen

Aus den Erwägungen:

2. Zwischen den Parteien ist streitig, ob das KKG auf den von ihnen abgeschlossenen Vertrag anwendbar sei. Die Vorinstanz ist mit der Beschwerdegegnerin der Auffassung, der Beschwerdeführer sei nicht als Konsument im Sinne von **Art. 3 KKG** zu qualifizieren, womit das KKG keine Anwendung finde. Der Beschwerdeführer rügt, die Vorinstanz habe diese Bestimmung falsch ausgelegt. Bei richtiger Auslegung sei das KKG anwendbar, womit die Beschwerdegegnerin wegen unterlassener Prüfung seiner Kreditfähigkeit die gewährte Kreditsumme samt Zinsen und Kosten verloren habe.

2.1 Ein Konsumkreditvertrag nach KKG liegt vor, wenn eine kreditgebende Person einem Konsumenten einen Kredit in Form eines Zahlungsaufschubs, eines Darlehens oder einer ähnlichen Finanzierungshilfe gewährt oder zu gewähren verspricht (**Art. 1 Abs. 1 KKG**). Nach **Art. 3 KKG** gilt als Konsument jede natürliche Person, die einen Konsumkreditvertrag zu einem Zweck abschliesst, der nicht ihrer beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit zugerechnet werden kann. Vor Abschluss eines Konsumkreditvertrags muss die Kreditgeberin die Kreditfähigkeit des Konsumenten prüfen (**Art. 28 Abs. 1 KKG**). Dabei muss von einer Amortisation des Konsumkredits innerhalb von 36 Monaten ausgegangen werden, selbst wenn vertraglich eine längere Laufzeit vereinbart worden ist (**Art. 28 Abs. 4 KKG**). Verstösst die Kreditgeberin in schwerwiegender Weise gegen diese Prüfungspflicht, so verliert sie die von ihr gewährte Kreditsumme samt Zinsen und Kosten (**Art. 32 Abs. 1 Satz 1 KKG**).

2.2 Die Vorinstanz hat ausgeführt, der Wortlaut von **Art. 3 KKG** sei nicht klar. Den Materialien lasse sich hierzu nichts entnehmen. Das historische Element helfe daher nur insofern weiter, als bei der teleologischen Auslegung die Wertungen und Zielsetzungen des

historischen Gesetzgebers zu berücksichtigen seien. Bereits mit dem aKKG habe der Gesetzgeber zur Hauptsache die Privathaushalte vor Überschuldung schützen wollen. Unter diesem Aspekt erscheine eine Ausnahme von der Unterstellung unter das KKG für Kredite im

BGE 139 III 201 S. 204

Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit grundsätzlich dann gerechtfertigt, wenn diese auf die Erzielung eines Einkommens gerichtet sei, aus welchem der Kredit zurückbezahlt werden könne. Bei einem Ausbildungskredit handle es sich weiter nicht um einen klassischen Konsumkredit, der nach dem Motto "heute kaufen, morgen bezahlen" aufgenommen werde. Ausschlaggebend erscheine aber letztlich, dass eine Unterstellung unter das KKG die Gewährung von Ausbildungsdarlehen an Studenten regelmässig verunmöglichen würde, da eine Amortisation dieser Kredite innert 36 Monaten (**Art. 28 Abs. 4 KKG**) angesichts der durchschnittlichen Dauer eines Studiums in den wenigsten Fällen möglich wäre. Es könne nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen sein, solche bildungspolitisch sehr sinnvollen und wünschenswerten Finanzierungsmöglichkeiten zu verunmöglichen. Eine Abwägung der (Überschuldungs-)Risiken mit dem (Bildungs-)Nutzen solcher Darlehen ergebe daher, dass Ausbildungskredite dem KKG nicht unterstünden.

2.3 Der Beschwerdeführer bringt vor, nach dem Wortlaut von **Art. 3 KKG** sei die Konsumenteneigenschaft zu bejahen, wenn nicht eine bereits bestehende berufliche oder gewerbliche Tätigkeit vorliege. Das KKG sei nicht bzw. nicht in erster Linie bildungspolitischen Zielen verpflichtet, sondern diene dem Schutz des Konsumenten vor Überschuldung. Sofern eine solche drohe, was die Vorinstanz bezüglich Ausbildungskrediten selbst bejaht habe, sei das KKG nach der Absicht des Gesetzgebers anzuwenden. Eine Abschwächung des Geltungsbereichs des KKG sei nur sehr zurückhaltend anzunehmen. Würde man Ausbildungskredite als bildungspolitisch sinnvolle und wünschenswerte Finanzierungsmöglichkeiten vom Geltungsbereich des KKG ausnehmen

wollen, so müsste eine entsprechende ausdrückliche Ausnahme ins Gesetz aufgenommen werden.

2.4 Das Bundesgericht hat die Frage noch nicht entschieden. Auch in der Rechtsprechung des EuGH zur Richtlinie über Verbraucherkredite bzw. Verbraucherkreditverträge, der das aKKG vom 8. Oktober 1993 angeglichen worden war und die denselben Wortlaut zur Definition des Verbrauchers verwendet wie **Art. 3 KKG**, findet sich dazu kein Urteil (Richtlinie 87/102/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Verbraucherkredit, ABl. L 42 vom 12. Februar 1987 S. 48 ff.; ersetzt durch Richtlinie 2008/48/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über

BGE 139 III 201 S. 205

Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG des Rates, ABl. L 133 vom 22. Mai 2008 S. 66 ff.).

In der Lehre ist die Frage umstritten (für Anwendung des KKG: BERND STAUDER, Der vertragliche Konsumentenschutz, Konsumkreditrecht, in: Konsumentenschutz im Privatrecht, SPR Bd. X, 2008, S. 233 Fn. 53; XAVIER FAVRE-BULLE, Les opérations de crédit à l'épreuve de la nouvelle législation, in: Journée 2003 de droit bancaire et financier, 2004, S. 138; wohl auch EMCH/RENZ/ARPAGAU, Das Schweizerische Bankgeschäft, 7. Aufl. 2011, N. 957; dagegen: ROLAND HASELBACH, Überziehungskredit auf laufendem Konto gemäss neuem Konsumkreditgesetz, in: Das neue Konsumkreditgesetz, Hess/Simmen [Hrsg.], 2002, S. 122; bei engem Zusammenhang der Ausbildungs- und Weiterbildungskredite mit der geplanten Berufskarriere HANS GIGER, Berner Kommentar, Der Konsumkredit, 2007, N. 534 S. 455 und ROBERT SIMMEN, Barkredit und Teilzahlungsverträge unter dem neuen Konsumkreditgesetz, in: Das neue Konsumkreditgesetz, Hess/Simmen [Hrsg.], 2002, S. 42; im Ergebnis auch MARLIS KOLLER-TUMLER, Konsumkreditverträge nach revidiertem KKG - eine Einführung

[nachfolgend: Konsumkreditverträge], in: Jahrbuch des Schweizerischen Konsumentenrechts [JKR] 2002 S. 26).

2.5

2.5.1 Das Gesetz muss in erster Linie aus sich selbst heraus, das heisst nach dem Wortlaut, Sinn und Zweck und den ihm zu Grunde liegenden Wertungen auf der Basis einer teleologischen Verständnismethode ausgelegt werden. Die Gesetzesauslegung hat sich vom Gedanken leiten zu lassen, dass nicht schon der Wortlaut die Norm darstellt, sondern erst das an Sachverhalten verstandene und konkretisierte Gesetz. Gefordert ist die sachlich richtige Entscheidung im normativen Gefüge, ausgerichtet auf ein befriedigendes Ergebnis der ratio legis. Dabei befolgt das Bundesgericht einen pragmatischen Methodenpluralismus und lehnt es namentlich ab, die einzelnen Auslegungselemente einer hierarchischen Prioritätsordnung zu unterstellen. Die Gesetzesmaterialien können beigezogen werden, wenn sie auf die streitige Frage eine klare Antwort geben (BGE 137 V 434 E. 3.2; BGE 137 IV 249 E. 3.2; BGE 136 III 23 E. 6.6.2.1; BGE 135 III 112E. 3.3.2).

2.5.2 Nach **Art. 3 KKG** gilt als Konsument wie bereits ausgeführt (E. 2.1) jede natürliche Person, die einen Konsumkreditvertrag zu einem Zweck abschliesst, der nicht ihrer beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit zugerechnet werden kann (dans un but pouvant être considéré comme étranger à son activité commerciale ou

BGE 139 III 201 S. 206

professionnelle; per uno scopo che può considerarsi estraneo alla sua attività commerciale o professionale). Diesem Wortlaut lässt sich nicht klar entnehmen, ob als Konsument auch gilt, wer einen Kredit zur Finanzierung seines Studiums aufnimmt. Voraussetzung für die Verneinung dieser Frage wäre, dass die Absolvierung eines Studiums der beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit des Studenten zugerechnet werden kann. Entgegen der Ansicht des Beschwerdeführers schliesst der Wortlaut dies jedenfalls nicht dadurch aus, dass er eine bereits bestehende solche Tätigkeit voraussetzen würde (so auch GIGER, a.a.O., N. 534 S.

455; MARLIS KOLLER-TUMLER, in: Basler Kommentar, Abzahlungsrecht und Konsumkreditrecht, Sonderedition aus dem Kommentar zum Obligationenrecht [nachfolgend: Basler Kommentar], Bd. I, 1996, N. 2 zu **Art. 3 KKG**; SIMMEN, a.a.O., S. 42; HASELBACH, a.a.O., S. 122). Die herrschende Lehre rechnet denn auch Existenzgründungsdarlehen (bereits) der beruflichen bzw. gewerblichen Tätigkeit zu (STAUDER, a.a.O., S. 233 Fn. 53; GIGER, a.a.O., N. 534 S. 455; KOLLER-TUMLER, Basler Kommentar, a.a.O., N. 2 zu **Art. 3 KKG**; *dies.*, Konsumkredite - eine kleine Tour d'Horizon mit Blick auch auf die EU, in: Kreditrecht, Schweizerische Bankrechtstagung 2010, S. 29 Fn. 27; SIMMEN, a.a.O., S. 42; HASELBACH, a.a.O., S. 122).

2.5.3 Der Gesetzgeber wollte im Bereich des Konsumkredits namentlich jene Konsumenten schützen, die nicht in der Lage sind, ihre wirtschaftliche Situation richtig einzuschätzen, bzw. die nicht der Versuchung widerstehen können, einen für sie ruinösen Konsumkredit zu beanspruchen (so Botschaft vom 14. Dezember 1999 betreffend die Änderung des Bundesgesetzes über den Konsumkredit, BBl 1998 3165 Ziff. 131). In den parlamentarischen Beratungen zum KKG wurde ausgeführt, nach den Werbebotschaften in den Tageszeitungen würden sich Konsumwünsche rasch, einfach und diskret erfüllen lassen (Votum Goll, AB 1999 N 1878). Die Folgekosten des kreditfinanzierten Konsums zahle die öffentliche Hand. Gleichzeitig würden Banken und Kreditinstitute mittels Wucherzinsen horrende Gewinne einstreichen.

2.5.4 Der Abschluss eines Kreditvertrags zur Finanzierung des Studiums unterscheidet sich in verschiedener Hinsicht von der umschriebenen Konstellation. Wie die Vorinstanz richtig ausgeführt hat, handelt es sich dabei nicht um klassische Konsumkredite nach dem Motto "heute kaufen, morgen bezahlen". Die Entscheidung für ein (kreditfinanziertes) Studium wird kaum je überstürzt erfolgen, geht

BGE 139 III 201 S. 207

es dabei doch einerseits um die Planung einer über mehrere Jahre dauernden Ausbildung und andererseits um die künftige berufliche

Ausrichtung. Zudem zeigt sich gerade beim von der Beschwerdegegnerin angebotenen "Bildung plus-Kreditvertrag", dass es für Ausbildungskredite spezifische Angebote mit vorteilhaften Konditionen wie tiefem Zins und Kapitalisierung der Zinsen bis zum Ende des Studiums gibt. Mit der Unterstellung solcher Kredite unter das KKG werden diese faktisch beinahe verunmöglicht (so auch KOLLER-TUMLER, Konsumkreditverträge, a.a.O., S. 26). Denn ein Konsument muss nach **Art. 28 Abs. 4 KKG** in der Lage sein, den Konsumkredit innerhalb von 36 Monaten zu amortisieren, ansonsten die Kreditfähigkeit zu verneinen ist und der Kredit folglich nicht gewährt werden darf. Mit der Vorinstanz ist davon auszugehen, dass die Amortisation eines Kredits zur Finanzierung des Studiums angesichts der durchschnittlichen Studiendauer in den wenigsten Fällen möglich wäre. Die Kredite zur Finanzierung eines Studiums weisen somit in verschiedener Hinsicht Besonderheiten auf gegenüber denjenigen Krediten, auf die das KKG gemäss den Materialien zugeschnitten wurde.

2.5.5 Auf der anderen Seite bestehen Gemeinsamkeiten zu den Existenzgründungsdarlehen. In beiden Fällen dient der Kredit einer Investition mit dem Zweck der Ermöglichung der (späteren) beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit. Die Investition schlägt sich nach absolviertem Studium denn auch in einem (höheren) Einkommen nieder. Anders etwa als der Besuch eines Sprachkurses im Hinblick auf einen Ferienaufenthalt ist der in der Lehre teilweise geforderte enge Zusammenhang des Kredits mit der geplanten Berufskarriere (vgl. oben E. 2.4) bei einem Studium in der Regel zu bejahen. Angesichts der Dauer und Kosten eines Studiums wird dieses kaum lediglich zum Zweck der Allgemeinbildung absolviert werden. Vielmehr wird damit (wie bei einem Existenzgründungsdarlehen) der Grundstein für eine bestimmte berufliche Laufbahn gelegt. Der mit dem Abschluss eines Kreditvertrags zur Finanzierung des Studiums verfolgte Zweck ist daher eher der beruflichen Tätigkeit zuzurechnen.

2.5.6 Aus diesen Erwägungen ergibt sich insgesamt, dass das KKG nicht auf das dem Beschwerdeführer gewährte Darlehen zur Finanzierung seines Studiums anwendbar ist. Die Beschwerde erweist sich damit als unbegründet.

Anahtar Kelimeler

KKG (*Konsumkreditgesetz, Tüketici Kredisi Kanunu*) m. 3; eğitim masraflarını karşılamak amacıyla kredi alınması; mesleki faaliyetler için kullanma.

Eğitim masraflarını karşılamak için kredi alan, bu krediyi onun mesleki faaliyetlerinde kullanma amacını taşır. Bu yüzden de Tüketici Kredisi Kanunu uygulanamaz.

BGE 139 III 201

A. X. (ödünç alan, davacı) 2003 yılının Eylül veya Ekim ayında, eğitim masraflarını karşılamak amacıyla, Y bankasıyla (ödünç veren, davalı) 20.000 Frank tutarında bir “*Eğitim Kredisi Sözleşmesi (Bildung plus-Kreditvertrag)*” akdetmiştir. Kredi, anlaşmaya göre sadece yüksek öğrenimin masraflarını karşılamak amacıyla kullanılmak zorundadır. Sözleşmeye göre faiz, eğitimin sonuna kadar 3,25 veya %3 olarak işletilecektir. Kredi, 2004 yılının kasım ayında 35.000 Frank’a, 2007 yılının ocak ayında ise 37.000 Frank’a yükseltilmiştir. Ödünç veren, 23 Mart 2001 Tarihli Tüketici Kredisi Hakkındaki Federal Kanunun (KKG) 28. maddesine göre, hiç kredi verilebilirlik incelemesi yapmamış fakat 2004 yılında ilk kredi limitinin artışından önce detaylı bir bütçe talep etmiştir.

Sözleşmede öngörülen eğitim süresinin tamamlanmasından sonra ödünç alan ödünç verene, aşırı şekilde borca battığını ve eğitiminin hala devam ettiğini bildirmiştir. Ödünç veren, taksitle ödeme sözleşmesine göre ödemeler yapılmadığı için 7 Ağustos 2009 tarihli ihbar yazıyla “*Eğitim Kredisi Sözleşmesi*”ni feshetmiş ve 31 Ağustos 2009 tarihine kadar 37,939.78 Frank’ın geri ödenmesini talep etmiştir. Talebin yerine

getirilmemesi üzerine de ödünç veren icra takibi başlatmıştır. Ödünç alan, ödeme emrine itiraz etmiştir.

B. Ödünç veren, 5 Ekim 2010'da Bern-Laupen VIII Mahkeme Bölgesinde (mahkemenin yeni ismi ise Bern-Orta Ülke Bölge Mahkemesi'dir) açtığı dava ile ödünç alanın 37,939.78 Frank'ın bütününe ödemeye mahkûm edilmesini ve ödünç alana karşı başlatılan icra takibine karşı yapılan itirazın hükümden düşürülmesini talep etmiştir. Ödünç alan, karşı dava ile ödünç verenin, kendisi tarafından ifa edilmiş olan faiz ödemelerini geri vermesine karar verilmesini talep etmiştir. 26 Ekim 2011 tarihli karar ile Bern-Orta Ülke Bölge Mahkemesinin Başkanı, davayı kısmen kabul etmiş, ödünç alanın 37,000 Frank ödemesine ve bu kapsamda ödeme emrine karşı yaptığı itirazın hükümden düşürülmesine karar vermiştir. Karşı dava ise reddedilmiştir.

Bern Kantonu Yüksek Mahkeme'si ise, ödünç alanın istinaf başvurusunu 3 Eylül 2012 tarihli kararıyla reddetmiştir.

Ödünç alan, 28 Eylül 2012 tarihinde, yüksek mahkemenin kararının bozulması, davanın reddedilmesi ve ödünç verenin 4, 686.85 Frank'ı ödemesi, gerektiğinde dava konusunun yeniden değerlendirilmesi için ilk derece mahkemesine gönderilmesi talepleriyle Federal Mahkeme'ye başvurmuştur.

Federal Mahkeme temyiz itirazlarını kabul etmemiştir.

Gerekçeler

2. Tüketici Kredisi Kanunu'nun taraflar arasında akdedilen sözleşmeye uygulanabilir olup olmadığı tartışmalıdır. İlk derece mahkemesi, davalının, davacının KKG m. 3 bağlamında tüketici olarak nitelendirilemeyeceği dolayısıyla Tüketici Kredisi Kanunu'nun uygulanmayacağı yönündeki iddiasını kabul etmiştir. Davacı ise ilk derece mahkemesinin söz konusu hükmü yanlış yorumladığını iddia etmektedir. Hâkim tarafından Tüketici Kredisi Kanunu'nun uygulanabilir olduğu yorumunun yapılması durumunda, davalı, kredi verilebilirlik incelemesini yapmayı ihmal etmesi nedeniyle, verilen kredi miktarının bütün faizlerini ve masraflarını kaybedecektir.

2. 1. Tüketici Kredisi Kanunu'na göre, kredi verenin tüketiciye, ödemesi ertelenmiş olarak bir krediyi, bir ödücü veya benzeri bir finansal yardımı sağlaması veya sağlamayı üstlenmesi halinde tüketici kredisi sözleşmesinin varlığından söz edilebilir (KKG m. 1/I). KKG m. 3'e göre, mesleki veya ticari olmayan faaliyetlerde kullanmak amacıyla tüketici kredi sözleşmesi akdeden her gerçek kişi tüketici sayılır. Kredi veren, tüketici kredi sözleşmesini akdetmeden önce tüketicinin kredi verilebilirlik şartlarını taşıyıp taşımadığını incelemek zorundadır (KKG m. 28/I). Yine söz konusu hükme göre, sözleşmede daha uzun bir vade kararlaştırılmış olsa bile, tüketici kredisinin tamamı 36 ay içinde ödenmek zorundadır (KKG m. 28/IV). Kredi veren kredi verilebilirlik şartlarını inceleme yükümlülüğüne ağır bir şekilde aykırı hareket ettiyse, kendisi tarafından sağlanan kredinin bütün faizlerini ve masrafları kaybeder (KKG m. 32/I).

2. 2. İlk derece mahkemesi, KKG m. 3'ün lafzının açık olmadığını, bunun için kanunun hazırlık çalışmalarından yararlanılarak da bir anlam çıkarılamayacağını detaylı bir şekilde açıklamıştır. Bu nedenle tarihsel yöntem, amaca uygun yorum yaparken, kanun koyucunun kanunu koyduğu esnadaki amacının ve değerlendirmelerinin dikkate alınmasına yardım eder. Zaten kanun koyucunun Tüketici Kredisi Kanunu ile asıl düzenlemek istediği mesele, borca batmadan önce özel bütçeyi korumaktır. Bu bakış açısıyla mesleki faaliyetlerle ilgili olan kredinin Tüketici Kredisi Kanunu kapsamı dışında kalması ancak bu faaliyetlerin gelir elde etmeye ve bu gelirden de kredinin geri ödenmesine yönelik bir faaliyet olması halinde hukuka uygun kabul edilir. Eğitim kredisinin varlığı halinde, “bugün satın al, yarın öde” anlayışının benimsendiği klasik bir tüketici kredisi söz konusu değildir. Fakat nihayetinde en önemlisi, düzenli olarak öğrencilere eğitim ödücünün sağlanmasının Tüketici Kredisi Kanunu kapsamında kabul edilmesinin imkânsız olmasıdır. Zira tüketici kredisinin ödenmesinin 36 ay içinde tamamlanması gereklidir (KKG m. 28/IV). Eğitimin ortalama süresinin daha uzun sürmesi karşısında bu krediye, daha kısa sürecek durumlar için başvurulabilir. Kanun koyucunun amacı, eğitim politikası için çok

mantıklı ve değerli olan finans etme ihtimalini bu şekilde (süre sınırlaması koymak suretiyle) imkânsız kılmak olamaz. Bundan dolayı böyle kredilerden eğitim amacıyla yararlanırken aşırı borçlanma risklerinin dengelenmesi, eğitim kredisinin Tüketici Kredisi Kanunu'na dâhil edilmek istenmediğini gösterir.

2. 3. Davacı, Tüketici Kredisi Kanunu'nun lafzına göre, henüz devam eden mesleki veya ticari faaliyetlerin söz konusu olmaması halinde tüketici sıfatının kabul edildiğini iddia etmektedir. Davacıya göre, Tüketici Kredisi Kanunu, ilk bakışta eğitim politikası amaçları gütmeyen, bilakis aşırı borçlanmadan önce tüketicinin korunmasına hizmet eder. Şayet ilk derece mahkemesi eğitim kredileriyle ilgili olarak bunu kabul etmiş olsaydı, Tüketici Kredisi Kanunu'nun kanun koyucunun amacına göre uygulanması gerekirdi. Tüketici Kredisi Kanunu'nun uygulama alanlarının daraltılmasının kabul edilmesi arzu edilmemektedir. Eğitim politikası bakımından anlamlı ve değerli bir finans etme yöntemi olan eğitim kredileri Tüketici Kredisi Kanunu'nun uygulama alanının dışına çıkarılmak istenseydi, buna uygun olarak kanunda açık bir istisna kabul edilirdi.

2. 4. Federal Mahkeme'nin konu hakkında henüz bir içtihadı oluşmamıştır. EuGH'nin (*Europäische Gerichtshof*) içtihatlarında da tüketici kredisi daha doğrusu tüketici kredisi sözleşmesi hakkında ilke niteliğinde bir karar mevcut değildir (Richtlinie 87/102/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Verbraucherkredit, ABl. L 42 vom 12. Februar 1987 S. 48 ff.; ersetzt durch Richtlinie 2008/48/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG des Rates, ABl. L 133 vom 22. Mai 2008 S. 66 ff.).

Sorun öğretide de tartışmalıdır (Tüketici Kredisi Kanunu'nun uygulanması için: BERND STAUDER, Der vertragliche Konsumentenschutz, Konsumkreditrecht, in: Konsumentenschutz im Privatrecht, SPR Bd. X, 2008, S. 233 Fn. 53; XAVIER FAVRE-BULLE,

Les opérations de crédit à l'épreuve de la nouvelle législation, in: Journée 2003 de droit bancaire et financier, 2004, S. 138; wohl auch EMCH/RENZ/ARPAGAUS, Das Schweizerische Bankgeschäft, 7. Aufl. 2011, N. 957; dagegen: ROLAND HASELBACH, Überziehungskredit auf laufendem Konto gemäss neuem Konsumkreditgesetz, in: Das neue Konsumkreditgesetz, Hess/Simmen [Hrsg.], 2002, S. 122; bei engem Zusammenhang der Ausbildungs- und Weiterbildungskredite mit der geplanten Berufskarriere HANS GIGER, Berner Kommentar, Der Konsumkredit, 2007, N. 534 S. 455 und ROBERT SIMMEN, Barkredit und Teilzahlungsverträge unter dem neuen Konsumkreditgesetz, in: Das neue Konsumkreditgesetz, Hess/Simmen [Hrsg.], 2002, S. 42; im Ergebnis auch MARLIS KOLLER-TUMLER, Konsumkreditverträge nach revidiertem KKG - eine Einführung [nachfolgend: Konsumkreditverträge], in: Jahrbuch des Schweizerischen Konsumentenrechts [JKR] 2002 S. 26).

2. 5.

2. 5. 1. Kanun ilk olarak kendi içine bakılarak yani kanunun lafzına, anlam ve amacına ve onun temelinde bulunan değerlendirmelere göre amaçsal yorum yöntemi esas alınarak yorumlanmalıdır. Kanunun yorumlanması, henüz normun lafzının oluşmadığı aşamadaki, ilk olarak meselenin özünü anlamaya ve kanunda somutlaştırmaya yönelik düşünceler dikkate alınarak yapılabilir. Normatif sistemde tarafsız, doğru bir karar; kanunun ruhunun tatmin edici bir sonuca yönelmesini gerektirir. Bununla beraber Federal Mahkeme, pragmatik çoğulcu yöntemi (*pragmatische Methodenpluralismus*) uygulamakta ve özellikle her bir yorum yöntemini hiyerarşik bir düzene göre (öncelik sonralık ilişkisine göre) ele almayı reddetmektedir. Kanunun hazırlık çalışmaları ise, bunların tartışmalı bir soruna açıkça cevap vermesi halinde kullanılabilir (BGE 137 V 434 E. 3.2; BGE 137 IV 249 E. 3.2; BGE 136 III 23 E. 6.6.2.1; BGE 135 III 112 E. 3.3.2).

2. 5. 2. KKG m. 3'e göre, tüketici kredisi sözleşmesini mesleki veya ticari olmayan faaliyetlerine isnat etmek amacıyla akdeden her gerçek

kişi, yukarıda da açıklandığı üzere (E. 2. 1) tüketici olarak kabul edilir. Hükmün lafzından, eğitim masraflarını karşılamak için kredi alan kişilerin de tüketici sayılıp sayılmayacağı açıkça anlaşılammaktadır. Bu sorunun olumsuz cevaplanması için gerekli şart, eğitimin tamamlanmasının öğrencinin mesleki veya ticari faaliyeti olarak görülmesi olurdu. Davacının görüşünün aksine hükmün lafzında her durumda henüz mevcut olan mesleki veya ticari faaliyetlerin gerektiği istisna tutulmamıştır (so auch GIGER, a.a.O., N. 534 S. 455; MARLIS KOLLER-TUMLER, in: Basler Kommentar, Abzahlungsrecht und Konsumkreditrecht, Sonderedition aus dem Kommentar zum Obligationenrecht [nachfolgend: Basler Kommentar], Bd. I, 1996, N. 2 zu Art. 3 KKG; SIMMEN, a.a.O., S. 42; HASELBACH, a.a.O., S. 122). Hâkim görüş kendi işini kurma ödücünün (Existenzgründungsdarlehen) var olma nedenini de mevcut mesleki veya ticari faaliyetlere isnat etmektedir (STAUDER, a.a.O., S. 233 Fn. 53; GIGER, a.a.O., N. 534 S. 455; KOLLER-TUMLER, Basler Kommentar, a.a.O., N. 2 zu Art. 3 KKG; *dies.*, Konsumkredite - eine kleine Tour d'Horizon mit Blick auch auf die EU, in: Kreditrecht, Schweizerische Bankrechtstagung 2010, S. 29 Fn. 27; SIMMEN, a.a.O., S. 42; HASELBACH, a.a.O., S. 122).

2. 5. 3. Kanun koyucu tüketici kredisi alanında özellikle, ekonomik durumunu doğru değerlendiremeyen dolayısıyla da kendisi için düşük miktarda kredi başvurma denemelerine karşı koyamayan tüketicileri korumak istemektedir (so Botschaft vom 14. Dezember 1999 betreffend die Änderung des Bundesgesetzes über den Konsumkredit, BBl 1998 3165 Ziff. 131). Tüketici Kredisi Kanunu'nun yasama müzakerelerinde, tüketicinin isteğinin günlük gazetelerdeki reklam haberlerinde hızlı, anlaşılır ve dikkatli bir şekilde yerine getirildiği detaylı bir şekilde açıklanmıştır (Votum Goll, AB 1999 N 1878). Kredi ile kendisine finansal imkân yaratan tüketicinin ek masrafları kamu yoluyla ödenir. Aynı zamanda bankalar ve kredi veren kuruluşlar, aşırı faiz oranları aracılığıyla devasa miktardaki kazançları elde etmektedir.

2. 5. 4.Eğitim masraflarını karşılamak amacıyla kredi sözleşmesinin akdedilmesi, farklı açılardan, aşağıda incelenecek durumlardan ayrılır. İlk derece mahkemesinin isabetli bir şekilde açıkladığı gibi, burada “bugün satın al, yarın öde” anlayışının hâkim olduğu klasik bir tüketici kredisi söz konusu değildir. Finanse edilmiş kredinin eğitim için ödenmesi genellikle hiç düşünmeden yapılmaz fakat burada bir taraftan uzun yıllar sürecek eğitimin planlanması ve diğer taraftan da gelecekte bir mesleğe yönelme söz konusudur. Ayrıca davalı tarafından sunulan eğitim kredisi sözleşmesinde, eğitim kredisi için özel olarak sunulan, eğitimin sonuna kadar önemli miktarda faizlerin işletilmesi gibi avantajlı koşulların bulunduğu görülür. Böyle kredilerin Tüketici Kredisi Kanunu’nu kapsamında kabul edilmesi fiili olarak neredeyse imkânsızdır (so auch KOLLER-TUMLER, Konsumkreditverträge, a.a.O., S. 26). Zira KKG m. 28/VI’e göre tüketici, tüketici kredisini 36 ay içinde tamamlamak zorundadır, aksi halde kredi verilebilirlik şartları kabul edilemez ve bu sebepten kredi verilemez. İlk derece mahkemesinin belirttiği üzere, ortalama eğitim süresi boyunca eğitim masraflarını karşılamak amacıyla kredinin tamamlanması mümkün olabilir. Bu yüzden eğitim masraflarını karşılamak amacıyla kredi verilmesi birçok açıdan Tüketici Kredisi Kanunu’ndaki şartları taşıyan kredilere göre farklılıklar gösterir.

2. 5. 5.Diğer taraftan da eğitim kredisi sözleşmesi kendi işini kurma ödünçüyle benzerlikler gösterir. Her iki durumda da kredi, (sonraki) mesleki ve ticari faaliyetleri gerçekleştirmek amacıyla yatırım yapmaya hizmet eder. Yatırım, eğitim tamamlandıktan sonra yüksek miktarda gelir olarak geri döner. Bir diğer açıdan tatillerde dil kurslarına gidilmesi, kredinin mesleki kariyerin planlanması ile dar anlamda bir bağlantısının bulunduğunu kabul etmeyi zorunlu kılar. Eğitimin masrafları ve süresi yüzünden, bunlar sadece genel eğitimin tamamlanması amacıyla yapılır. Böylece (kendi işini kurma ödünçünde olduğu gibi) daha çok belirli bir mesleki kariyerin temelleri atılır. Bu sebeple eğitim masraflarını karşılamak amacıyla kredi sözleşmesinin akdedilmesiyle güdülen amaç, mesleki faaliyetlerin gerçekleştirilmesidir.

2. 5. 6. Bu görüşlerin bütününden çıkan sonuç, Tüketici Kredisi Kanunu'nun davacıya eğitim masraflarını karşılaması için sağlanan ödünç bakımından uygulanabilir olmadığıdır. Bu nedenle temyiz itirazları kabul edilemez.